

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

XXIV/213

Bonn, den 6. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Natürlicher Vorgang 42

Kein Beamtenerdrutsch durch Regierungswechsel

2 Familienpolitik - ein Teil moderner Gesellschaftspolitik 49

Versäumnisse der Unionsparteien

Von Rudolf Hauck, MdB

3 Bald diplomatische Beziehungen zwischen Belgrad und Peking? 42

Tito will unbedingt die Blockfreiheit Jugoslawiens demonstrieren

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Sich selbst die Treue gehalten  
Die Arbeiterwohlfahrt beging ihr 50jähriges Bestehen in der  
Berliner Philharmonie mit einem Festakt

"Zweiter Bildungsweg" für Kindergärtnerinnen?  
"Duisburger Modell" sollte auch in anderen  
Bundesländern diskutiert werden

Fleißig, aber schlecht bezahlt  
Ein Drittel der bundesdeutschen Arbeitnehmer sind Frauen  
SPD-Bundesfrauenausschußsitzung am 14. November

### Natürlicher Vorgang

#### Kein Beamtenerdrutsch durch Regierungswechsel

sp - Seit dem Regierungswechsel vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo darüber lamentiert wird, daß dieser oder jener höhere Beamte oder Angestellte in den Ruhestand getreten ist, eine andere Arbeit übernimmt oder selbst darum bittet, eine andere als seine bisherige Tätigkeit zugewiesen zu erhalten. Oberflächliche Beobachter könnten meinen, in Bonn sei ein Erdrutsch innerhalb der Beamtenhierarchie im Gange. Aus der Nähe betrachtet sind insgesamt etwa 20 bis 25 Staatssekretäre, Ministerialdirigenten, persönliche Referenten und Pressesprecher versetzt oder einem anderen Tätigkeitsgebiet zugeteilt worden. Mit Ausnahme der in den vorläufigen Ruhestand Versetzten hat **keiner** dieser Beamten oder Angestellten dadurch einen materiellen Verlust zu erleiden. Mehrere von ihnen befinden sich bereits im pensionsreifen Alter, andere wiederum sind noch so jung, daß sie es eigentlich begrüßen müßten, wenn ihnen jetzt Gelegenheit geboten wird, sich in anderen Tätigkeitsbereichen neue Sporen zu verdienen.

Alles in allem handelt es sich hier um einen ganz natürlichen Vorgang, der in jedem demokratischen Staat bei einem Regierungswechsel selbstverständlich ist.

Erstaunlich ist jedoch bei den hier und dort hörbar gewordenen Kritiken, daß niemand darüber schreibt oder spricht, wie sehr die neuen Bundesminister darauf bedacht sind, ihren Beamten Gewissenskonflikte zu ersparen. Im allgemeinen weiß man in jedem Ministerium, welcher politischen Richtung dieser oder jener leitende Beamte angehört; zumindest weiß man es bei jenen Beamten, die zum Teil seit vielen Jahren in unmittelbarer Nähe des Ministers gearbeitet haben, mit dem sie ein enges und meist sogar persönliches Vertrauensverhältnis verbindet. Auch das ist für einen demokratischen Staat normal; niemand hat bisher daran Anstoß genommen.

Diese Beamten müßten - wenn sie in ihrer bisherigen Stellung bleiben - mit einem Minister zusammenarbeiten, dessen politische Meinungen sie nicht teilen. Sie würden dadurch, falls sie keine Elefantenhaut haben, in einem ständigen Konflikt leben und arbeiten müssen; in einem Konflikt, der gerade an den Schaltstellen der höheren Verwaltung, wo die Politik der Bundesregierung in die Tat umgesetzt werden muß, unter Umständen zu Reibereien mit dem verantwortlichen Minister führen könnte.

Die CDU und die CSU waren seit 20 Jahren immer darauf bedacht, daß zwischen den jeweiligen Bundesministern und ihrer unmittelbaren Umgebung im Behördenapparat keine Risse entstehen. Seltene Ausnahmen bestätigen nur diese Regel, wie jedermann weiß, der die Bonner Verhältnisse etwas näher kennt. Bei einem Wechsel bleibt entscheidend, daß die Rechte der Beamten und Angestellten gewährleistet sind und daß niemandem wegen seiner politischen Gesinnung ein Nachteil erwächst.

+ + +

## Familienpolitik - ein Teil moderner Gesellschaftspolitik

### Versäumnisse der Unionsparteien

Von Rudolf Hauck, MdB

Obwohl der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung ausführte, daß Kindergeld, Steuerbegünstigungen und andere materielle Hilfen für Familien aufeinander abgestimmt werden müßten und über die Erhöhung des Kindergeldes 1970 entschieden wird, monierte der Vorsitzende der Opposition, daß das Wort "Familienlastenausgleich" überhaupt nicht gefallen sei. Wer nun damit rechnete, daß im Verlaufe der Debatte die Opposition diesem Gebiet besondere Aufmerksamkeit widmen würde, sah sich getäuscht. Es gab am 29. und 30.10.1969 keine familienpolitische Debatte, wohl darum, weil es sich die CDU/CSU nicht leisten konnte. Erinnern wir uns doch daran, daß seit 1964 keine Erhöhung des Kindergeldes erfolgte, daß die Ausbildungszulage kurz nach dem Inkrafttreten gekürzt und dann später ganz gestrichen wurde und daß nur mit großen Anstrengungen 1967 Erhöhungen des Kindergeldes und die Festlegung neuer Einkommensgrenzen verhindert werden konnten.

Von der Reform des Familienlastenausgleichs haben die Unionsparteien nie immer gesprochen. Doch Initiativen wurden nicht ergriffen. Der am 19.11.1967 mit großem Stimmumfang aus CDU-Kreisen gebildete Kabinettsanschluß hat dem Deutschen Bundestag keine Vorlage unterbreitet.

Die neue Regierung macht nun aber ernst. Im Rahmen der Steuerreform soll die Neuordnung des Familienlastenausgleichs angepackt werden. Als Übergang soll über die Erhöhung des Kindergeldes nach dem jetzigen System 1970 entschieden werden. Außerdem soll dem am 1.7.1970 in Kraft tretenden 1. Ausbildungsförderungsgesetz ein 2. Gesetz folgen.

Daraus ersieht man, daß sich Familienpolitik nicht allein auf den Familienlastenausgleich erstreckt, so wie Familienpolitik überhaupt nicht eine Institution der Fürsorge ist, sondern ein wesentlicher Beitrag zu einer modernen Gesellschaftspolitik mit dem Ziel, die gesellschaftspolitische Chancengleichheit unserer Familien zu verbessern.

Wir müssen auf diesem Gebiet von der romantischen Verklärung weßkommen.

Unsere Familien brauchen Hilfen, weil der Strukturwandel unserer Gesellschaft auch die Lage der Familien verändert hat und sie ständig schweren Belastungen aussetzt. Die Koalition aus SPD/FDP ist gewillt, die Familie auf breiter Basis zu fördern. Fast alle großen Vorhaben und Reformen, die in der Regierungserklärung angesprochen wurden, sind indirekt und direkt Hilfen für die Familie. Dies gilt für die wirtschaftliche Sicherung, zu der auch Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzsicherung, Vermögensbildung und Preisstabilität gehören. Dies gilt für den Wohnungs- und Städtebau einschließlich des Erholungs- und Freizeitbereiches. Dies gilt aber auch für die gesamte Gesundheitspolitik und im besonderen Maße für Bildung und Ausbildung, wobei alle Maßnahmen zur Stärkung der Erziehungskraft der Familie und die familienergänzenden Erziehungsrichtungen, vor allem im Vorschulalter, miteinzubeziehen sind. Außerdem kann man auch die geplante Neuordnung des Jugend- und Familienrechtes mit den Schwerpunkten verbesserter Hilfen für die Kinder und Erleichterungen für die Mütter, miteinbeziehen. - Obwohl in der Wandlung begriffen, ist die Familie auch heute noch die wichtigste Zelle unserer Gemeinschaft. Gesunde Familien gewährleisten eine intakte leistungsfähige Gesellschaft. Daher wird diese Koalition aus SPD/FDP die Familie fördern und stärken; sie betrachtet Familienpolitik als Teil einer modernen Gesellschaftspolitik.

## Bald diplomatische Beziehungen zwischen Belgrad und Peking?

Tito will unbedingt die Blockfreiheit Jugoslawiens demonstrieren

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Nach mehrjähriger Pause ist der Seeschiffsverkehrsverkehr zwischen China und Jugoslawien wieder aufgenommen worden. Im Hafen von Rijeka lief das 14.000-DWT-Schiff "Guang Ming" ein, das 200 rumänische LKWs nach Schanghai transportiert. Zur großen Überraschung der jugoslawischen Journalisten, die sich um den seltenen Besuch aus dem Fernen Osten kümmerten, wurden sie sogar vom liebenswürdigen Kapitän Li Ki Tang in seiner mit Mao-Zitaten und Bildern geschmückten Kabine empfangen. Li erklärte unter anderem, er sei froh, nun auch einmal diese freundliche jugoslawische Hafenstadt kennenzulernen.

Vorangegangen waren, gleichfalls nach zehnjähriger Pause, ausführliche jugoslawisch-chinesische Handelsgespräche, in deren Verlauf unter anderem beschlossen wurde, den Warenaustausch zwischen den beiden Ländern künftighin auf konvertibler Basis abzuwickeln, eine Praxis, die bisher zwischen kommunistischen Ländern noch nicht ausgeübt worden ist. Gutunterrichtete Belgrader Kreise sind nun der Meinung, daß als nächster Schritt die Aufnahme auch voller diplomatischer Beziehungen zwischen Peking und Belgrad bevorstehe.

Tatsächlich beschleunigen vor allem die bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Gespräche in Helsinki auf jugoslawischer Seite den Wunsch, die bereits seit 1948 zerrütteten Beziehungen zu China wieder zu normalisieren. Belgrad geht dabei von der Annahme aus, daß Chinas Befreiung aus der Isolation indirekt auch die Rolle der blockfreien Staaten stärken würde, die jetzt in Gefahr sind, unter den beiden Großmächten "aufgeteilt" zu werden oder sich, wie vor allem die UNO-Generaldebatte gezeigt hat, von selbst dem einen oder anderen Block anzuschließen.

Die sich abzeichnende Normalisierung der Beziehungen zwischen Peking und Belgrad hat natürlich auch in Moskau Aufmerksamkeit erregt. In Zusammenhang mit dem Ussuri-Konflikt wurde den Jugoslawen öffentlich der Vorwurf gemacht, eine Achse mit China anzustreben und einseitig den Pekinger Standpunkt widerzugeben, während Chinas einziger Verbündeter in Europa, Albanien, ständig daran erinnert wird, daß Jugoslawien sein "Todfeind" sei und schon in den dreißiger Jahren Anstrengungen gemacht habe, dieses benachbarte, aber sehr viel kleinere Nachbarland zu schlucken.

In Albanien mögen solche Befürchtungen tatsächlich bestehen, doch unter dem Druck Chinas, das an einer weiteren Verschärfung des Konfliktes mit Jugoslawien gleichfalls nicht interessiert ist, und im Gefühl, letztlich doch zusammen mit Jugoslawien einem gemeinsamen Gegner, nämlich der Präsenz der Sowjetunion auf dem Balkan, ausgesetzt zu sein, sah sich Tirana veranlaßt, während der UNO-Generaldebatte den jugoslawischen Standpunkt ausdrücklich zu unterstützen.